



newsletter

Jahresrechnung 2008

Die SVP-Fraktion tritt auf die Rechnung 2008 ein, auch wenn wir alles andere als begeistert sind über den uns vorliegenden Rechnungsabschluss. An dieser Stelle sei aber dennoch vorab dem Finanzamt und der gesamten städtischen Verwaltung für die transparente Offenlegung der Jahresrechnung 2008 gedankt. Ebenfalls verdankt die SVP der Finanzkontrolle für den durchleuchtenden und professionellen Revisionsbericht. Im Wissen darum, dass infolge der Mechanismen des Finanzausgleiches eine schwarze Null oder gar ein schwarzes Plus nicht möglich ist, geben uns die getätigten Mehrausgabengegenüber – im Vergleich zum Rechnung 2007 und dem Voranschlag 2008 - ziemlich zu denken, bzw. bereiten uns ernsthafte Sorgen. Wenn wir nämlich den städtischen Gesamtaufwand von 2007 mit dem letztjährigen Gesamtaufwand vergleichen, stellen wir fest, dass sich die städtischen Ausgaben innerhalb eines Jahres exorbitant um gut 122 Millionen Franken erhöht haben. Das ist eine ungeheure, unverantwortliche Ausgabenvermehrung von sage und schreibe 10%. Wenn man die genannten Mehrausgaben genauer betrachtet stellen wir – die SVP Fraktion fest – dass eine Mehrheit der Mehrausgaben auf keinen gesetzlichen Aufträgen beruhen. Man könnte ja jetzt erklärt bekommen, dass vor allem die Abschreibungen und die Entnahmen aus den Spezialfinanzierungen zu diesen Mehrausgaben geführt haben. Dem ist aber nur teilweise so. Erstens sind die Mehrausgaben realwirtschaftlich kaum zu erklären. Zieht man dann noch die Abschreibungen und die Entnahme aus der Spezialfinanzierung vom Gesamtaufwand ab, stellen wir fest, dass der bereinigte Mehraufwand gegenüber 2007 immer noch um 57 Millionen angestiegen ist. Weiter ist festzuhalten, dass gegenüber dem Budget 2008 der bereinigte Aufwand eine Steigerung von unglaublichen 31 Millionen erfahren hat. Und das, wo heute die Pensionskasse der städtischen Angestellten eine Unterdeckung von beängstigenden 15 % aufweist. Eine Pensionskasse mit einem heutigen Deckungsgrad von lediglich 85% lässt für die kommenden Jahre nichts Gutes erahnen. Die SVP hofft deshalb, dass da baldmöglichst Gegensteuer gegeben wird und dass auch die vereinigte Linke den Ernst der Lage erkennen.



Natürlich darf dem entgegen gehalten werden, dass die vermutlich für längere Zeit nicht mehr stattfindenden Mehreinnahmen – vor allem durch die Steuereinnahmen - im selben Masse angestiegen sind. Die Differenzen zwischen den Budgetvorgaben und dem Ist-Zustand der Rechnung 2008 sind dennoch exorbitant. Zieht man nämlich auch hier die Abschreibungen und die Entnahme aus der Spezialfinanzierung vom Gesamtaufwand ab, stellen wir fest, dass der budgetierte Aufwand netto um 12 Millionen angestiegen ist. Und das - wie bereits schon einmal erwähnt, mehrheitlich ohne jegliche Gesetzesaufträgen. Wir mögen uns nur noch allzu gut an die mahnenden Worte unseres Stadtpräsidenten erinnern, als er uns allen hier - anlässlich der Budgetdebatte 2008 - verkündet hat, wie schwierig es sei, innerhalb des sehr begrenzten Budgetsrahmen irgendwo noch eine Million einsparen zu können. Da sei den doch die Frage erlaubt, wie sich hier dieselbe Stadtregierung um glatte 12 Millionen verhaufen kann. So gesehen ist es auch wenig erfreulich, dass man den Aufwandüberschuss in der Rechnung 2008 von 3.3 Mio. Franken als gut bezeichnen darf. Dies zeugt wiederum von der Tatsache, dass der Stadtrat jährlich und Schritt für Schritt immer soviel ausgibt, wie gerade wieder in die Stadtkasse fließt. Diesbezüglich ist einfach zu hoffen, dass die Stadt Winterthur rasch möglichst mittels des neuen Finanzausgleichsgesetzes finanzpolitisch bald auf eigenen Beinen stehen kann. Man darf sich nämlich ansonst die Frage schon stellen, weshalb wir es und jährlich antun, jeweils über Stunden über das jeweilige Budget zu debattieren, wenn schlussendlich der Voranschlag und die Rechnung so weit auseinander liegen. Gar nicht einverstanden ist die SVP-Fraktion einmal mehr mit den Investitionen sowohl in das Verwaltungs- wie auch in das Finanzvermögen. Das list sich dann wie folgt: Die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen sind um 108 Millionen Franken tiefer ausgefallen als budgetiert. Beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen sind die Nettoinvestitionen um 32 Millionen Franken tiefer ausgefallen als budgetiert. Bei den Investitionen in das Finanzvermögen wurden weiter 6 Millionen weniger getätigt als geplant. Da sei denn wirklich nochmals nachgefragt, weshalb denn Investitionen in Millionenhöhe budgetiert werden, wenn sie dann doch nicht getätigt werden.



Dieser Missstand hält leider schon seit Jahren an und irgendwann werden uns diese Versäumnisse wie ein Bumerang sehr hart treffen. Im Weiteren darf der Verdacht gehegt werden, dass mit diesem vorsätzlichen Versäumnis vor allem die Abschreibungen ins Finanzvermögen beschönigt werden. Wenn nicht sehr rasch eine strikte und vor allem verbindliche Investitionsplanung erfolgt, werden uns diese unverzeihlichen Fehlplanungen schon ziemlich rasch mit aller Härte auf den harten Boden der Realität bringen. Der Kanton bzw. dessen Gemeindeamt hat uns diesbezüglich ja erst kürzlich schon einmal eine ziemlich deutliche Mahnung ins Haus gestellt. Gestützt auf die genannten, unerfreulichen Vorkommnisse betreffend unsere Investitionen fragen wir uns auch, wann endlich das uns schon längst versprochene Investitionscontrolling eingeführt wird und weshalb heute diesem Umstand nicht mehr Gehör beachtet wird. So gut wie das Finanzcontrolling heute funktioniert, sollte es doch irgendwann möglich sein, dass auch das Investitionscontrolling in etwa so über die Umsetzung der einmal geplanten Investitionen wacht. Positiv bewertet die SVP-Fraktion aber den Umstand, dass die Passivzinsen gegenüber dem Budget nochmals leicht gesenkt werden konnten.

Ebenfalls erfreulich war, dass auch die Steuereinnahmen deutlich höher ausgefallen sind, als erwartet. Dieser kurzfristige Höhenflug weicht nun aber leider in einem unaufhaltsamen, kaum vorhersehbaren Absturz. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie unsere zusammenfallende Konjunktur wird auch vor Winterthur nicht Halt machen. Wir, die SVP, sind uns ziemlich sicher, dass wir für unsere Stadt leider schon sehr rasch drastische, finanzpolitische Massnahmen treffen werden müssen. Das Falscheste wäre aber zu meinen, durch noch höhere Gebühren und Abgaben, sich einem grösseren Defizit entgegen stemmen zu können. Solches Tun gäbe unserem Gewerbe und unseren ansässigen Unternehmungen den endgültigen Todesstoss. Wir verlangen deshalb vom Stadtrat, dass er uns rasch möglichst eine Plafonierung der Ausgaben unterbreitet. Und das gleichermassen über alle Departemente. Wir stellen nämlich jährlich bei der Durchsicht der uns vorliegenden Rechnungen fest, dass anscheinend bei einigen Departementen finanzpolitisch kaum Zurückhaltung geübt wird (Kulturelles u. Dienste 56.9 Mio. Aufwand / DSU 63.8 Mio. Aufwand, Differenz lediglich 6.9 Mio.!).



Betreffend den Geschäftsbericht stellen wir fest, dass dieser sachlich, klar und verständlich daher kommt. Als Ergänzung zur Rechnung ist der Geschäftsbericht beinahe selbsterklärend. Inhaltlich sticht einem beim Durchlesen des Geschäftsberichtes vor allem die Tatsache ins Auge, dass von den total 4722 Beschäftigten in der Stadt Winterthur über zwei Drittel Teilzeitangestellte sind. Ob sich das wirtschaftliche gesehen rechnet, sei hier mal nicht tiefer ausgerechnet.

Namens der SVP-Fraktion, René Isler